

Österreichische Waffenexporte in den Globalen Süden. Der Diskurs um Panzerexporte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Leonhard Lorenz Knabl

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof. Mag. Dr. Eric Burton

eingereicht im: SoSe 2021

Rubrik: Bachelor-Arbeit

Abstract

Austrian Arms Exports to the Global South. The Discourse About Tank Exports in Public Service Broadcasting

In the 1970s and 1980s, the Austrian arms industry sold a high proportion of their production to authoritarian regimes and dictatorships in the Global South. If these arms exports, especially tank sales, came to public attention it resulted in a storm of indignation, criticism, and protest. This bachelor thesis examines the reasons for the great public interest in these exports and analyses the discourses as well as arguments for and against the arms deals by looking at radio broadcasts. Radio broadcasts as source material are especially interesting, since they provide supposedly objective reporting independent of political biases.

1. Einleitung

Die österreichische Rüstungsindustrie profitierte in der zweiten Hälfte der 1970er- bis Beginn der 1980er-Jahre stark von Waffenexporten in den Globalen Süden und es waren Panzer des Betriebs Steyr-Daimler-Puch, die als Exportprodukt hauptsächlich (Jagdpanzer vom Typ Kürassier sogar ausschließlich) in die Dritte Welt¹ verkauft wurden. Die

¹ Gerald Hödl versteht unter dem Begriff „Dritte Welt“ die Staaten Afrikas, Südamerikas, Asiens und des Nahen Ostens (inklusive China, Vietnam, Kuba, Südafrika, ohne Japan und Sowjetunion/Russland): Gerald Hödl, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien 2004, S. 7. In der vorliegenden Arbeit wird der im Kontext der Zeit passende Begriff „Dritte Welt“ im selben Sinn verwendet.

wichtigsten Kunden waren Diktaturen und Regime, welche die Panzer für innere Sicherheit, Bürgerkriege und bewaffnete Aggressionen benötigten. Kamen solche Waffenexporte an die Öffentlichkeit – für den involvierten Betrieb im Idealfall nach erfolgreichem Abschluss – so waren Entrüstung, Kritik und Protest die Folge. Doch welche Auslöser gab es für das Bekanntwerden und das darauffolgende große öffentliche Interesse an den Waffenverkäufen und von welchen Seiten kam Kritik? Welche Pro- und Contra-Argumente wurden schließlich in Debatten um österreichische Waffenexporte genannt? Die vorliegende Arbeit behandelt diese Fragestellungen, wobei als These gilt, dass vor allem linke Gruppen die Geschäfte publik machten und anhand der humanitären Situation in den Empfängerländern kritisierten, während konservative Kreise die Exporte durch innerösterreichische Aspekte, wie die Bedeutung für den Arbeitsmarkt, zu legitimieren suchten.

Ö1-Mittagsjournale des Österreichischen Rundfunks, digitalisiert verfügbar über die Österreichische Mediathek, sind die Hauptquelle der Arbeit. Sie geben die Debatten um Waffenexporte mit dem Anspruch eines parteifernen, objektiven Standpunkts wieder. Der Forschungsschwerpunkt liegt bei der Analyse der Journale auf den großen, für die Öffentlichkeit deutlich wahrnehmbaren Argumentationslinien, weniger auf den Aussagen und dem Sprachgebrauch einzelner Personen und politischer Parteien.

Österreichische Waffenexporte wurden in wissenschaftlichen Publikationen bisher nur wenig behandelt und Literatur, die sich den waffenproduzierenden Betrieben widmet, hat einerseits die Tendenz, den Umfang der Waffenproduktion herunterzuspielen, andererseits die durchgeführten Exporte als große Leistung und Beweis österreichischer Innovation und Qualität zu werten.² Peter Pilz widmet sein Buch „Die Panzermacher“³ von 1982 zu weiten Teilen den umstrittenen Waffenexporten. Spätere Geschäfte, etwa die Fortsetzung des Marokko-Geschäfts, werden darin allerdings nicht behandelt. Es ist „Geschäfte mit der Entwicklung“⁴ aus dem Jahr 1986, das Einblicke in diese späteren Vorfälle gibt. Gerald Hödl setzt sich in seinem Buch „Österreich und die Dritte Welt“⁵ aus dem Jahr 2004 mit Entwicklungshilfe auseinander und ist für die vorliegende Arbeit relevant, da er neben seinem eigentlichen Forschungsschwerpunkt auch Waffenexporte untersucht.

Zu Beginn der Arbeit werden die gesetzlichen Grundlagen österreichischer Waffenexporte vorgestellt, worauf ein Kapitel zu Verkäufen in den Globalen Süden mit Schwerpunkt auf Panzerverkäufen folgt. Anschließend wird das Quellenmaterial vorgestellt, um auf den größten Teil der Arbeit, die Analyse der Diskussionen um einzelne Panzergeschäfte (Chile, Bolivien, Argentinien, Marokko), überzuleiten.

der weniger abwertend konnotierte, im behandelten Zeitraum weniger geläufige Begriff des „Globalen Südens“ wird ebenfalls fallweise benutzt.

2 Folgendes Buch lässt sich in diese Linie einordnen: Roman Sandgruber/Michael John (Hrsg.), *Tradition – Innovation. Industrie im Wandel. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft*, Steyr 1998.

3 Peter Pilz, *Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte*, Wien 1982.

4 Walter Pohl/Guido Rüthemann u. a., *Geschäfte mit der Entwicklung. Österreich und die Dritte Welt*, Wien 1986.

5 Hödl, *Österreich*.

2. Gesetzliche Bestimmungen zum Waffenexport

Die wichtigste gesetzliche Grundlage für österreichische Waffenexporte ist das sogenannte Kriegsmaterialgesetz (KMG – Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial)⁶, das nach Bekanntwerden der Lütgendorf-Affäre⁷ verabschiedet wurde und bis heute gilt. Das Gesetz legt die Zuständigkeiten der Bewilligung von Waffenexporten fest, die „vom Bundesminister für Inneres in Einvernehmen mit dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesminister für Landesverteidigung nach Anhörung des Bundeskanzlers erteilt“⁸ wurden. Eine Bewilligung ist nicht zu geben, wenn völkerrechtliche, außenpolitische, neutralitätspolitische, sicherheitspolizeiliche, militärische oder „vergleichbare gewichtige Bedenken“ gegen eine Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial sprechen.⁹ Die Klassifikation von Kriegsmaterial findet sich in einer Verordnung der Bundesregierung vom 22. November 1977 und reicht von halbautomatischen Gewehren über Granaten und Minen bis hin zu Kriegsland-, Kriegsluft- und Kriegswasserfahrzeugen. Produkte, die sich in der Auflistung nicht finden oder für die Ausnahmen gelten, sind Jagd- und Sportgewehre, Jagd- und Sportpatronen, Handfeuerwaffen und Militärlastwagen. Bei Produktionsmaschinen und Anlagen sind schließlich nur jene betroffen, die ausschließlich Kriegsmaterial herstellen können.¹⁰

Die Klassifikation weist also Lücken auf, die in der Vergangenheit auch entsprechend ausgenutzt wurden. So wurden die Waffen und Patronen, die im Zuge der „Lütgendorf-Affäre“ nach Syrien transportiert werden sollten, im Bericht des Untersuchungsausschusses als „Sportartikel“ und „Sportmunition“ bezeichnet.¹¹ Ähnlich verhielt es sich 1980 bei einem österreichischen Export nach El Salvador: 32 Tonnen Munition gingen deklariert als „Sportmunition“ an das Kriegsministerium des Bürgerkriegslandes.¹²

Ergänzungen am KMG erfolgten 1982 (Verbot von Lieferungen in Konfliktregionen¹³ und Berücksichtigung der Menschenrechtssituation).¹⁴ Eine tatsächliche Änderung der Bewilligungspraxis lässt sich, zumindest hinsichtlich von Exporten der Steyr-Daimler-Puch AG, allerdings nicht feststellen und es wurden weiterhin die meisten Exportanträge bewilligt, selbst wenn die Empfängerländer den Richtlinien klar widerspra-

6 Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977.

7 Ende 1976 versuchte Alois Weichselbaumer, ein Freund von Verteidigungsminister Karl Lütgendorf, 600 Scharfschützengewehre und 400.000 Schuss Munition (aus Heeresbeständen vorgestreckt) an den syrischen Kriegsminister Mustafa Tlass zu liefern, die Ausfuhr wurde jedoch durch den Zoll verhindert. Interne Ermittlungen blieben folgenlos und erst die Recherchen des Chefredakteurs der „Wochenpresse“, Gerald Freihofner, brachten die Ereignisse 1977 als „Lütgendorf-Affäre“ an die Öffentlichkeit: Kurt Tozzer/Günther Kallinger, Todesfalle Politik. Vom OPEC-Überfall bis zum Sekyra-Selbstmord, St. Pölten-Wien 1999, S. 22–24.

8 Pilz, Die Panzermacher, S. 77–85.

9 Ebd.

10 Ebd.

11 Ebd., S. 149.

12 Ebd., S. 130; Pohl/Rüthemann u. a., Geschäfte, S. 160.

13 Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977 idF 358/1982.

14 Ebd.; Hödl, Österreich, S. 146.

chen.¹⁵ Wenn Exporte ausblieben, lag es nicht an der Gesetzeslage oder an Intervention der entscheidungstragenden Ministerien, sondern an zu starker Konkurrenz oder verhältnismäßig hohen Preisen österreichischer Waffen.¹⁶

Auf die VÖEST und ihren erhofften Export der GHN-45¹⁷ hatten die Novellierungen des KMG hingegen stärkere Auswirkungen und ein großes Geschäft mit Indien kam nicht zustande,¹⁸ da Österreich für den Fall eines Krieges mit Pakistan keine Ersatzteile hätte liefern können.¹⁹ Der „Noricum-Skandal“, also der illegale Verkauf von Noricum-Waffen an beide Kriegsparteien des Ersten Golfkrieges, den Irak und Iran, von hochrangigen Politiker*innen gebilligt, war die Folge.²⁰ Das KMG wurde 1991 im Zuge des Zweiten Golfkriegs erneut novelliert und erlaubte von nun an die Durchfuhr von Rüstungsgütern bei Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen,²¹ um die logistische Unterstützung der Interventionstruppen im Irak zu ermöglichen.²²

3. Waffenexporte in den Globalen Süden

Eine exportorientierte österreichische Rüstungsindustrie ist ein junges Phänomen und erst Mitte der 1970er-Jahre stiegen Firmen, unterstützt von den drei Parlamentsparteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ), vermehrt in das internationale Waffengeschäft ein, um der Wirtschaftskrise (Ölpreiskrise) mit ihren Auswirkungen auf die Schwerindustrie zu begegnen. Die Bemühungen zeigten Wirkung und bereits 1978 war Österreich der siebtgrößte westliche Exporteur von Rüstungsgütern.²³

Die wichtigste österreichische Firma im Waffengeschäft war die Steyr-Daimler-Puch AG, die mehrheitlich dem Staat gehörte, da sie Teil der Creditanstalt-Bankverein (CA) war, an der wiederum 60 Prozent von der Republik gehalten wurden.²⁴ Die schlechte wirtschaftliche Lage von Steyr in den 1980er-Jahren führte zum Verkauf oder der Ausgliederung der meisten Tochterfirmen zwischen 1987 bis 1998. Die Reste des Konzerns

15 Länder, für die Exportbewilligungen erteilt wurden, waren Jordanien und Syrien (formell im Kriegszustand), Libyen (faktisch im Kriegszustand), Zaire, Paraguay und Pakistan (massive Menschenrechtsverletzungen): Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 162.

16 Ebd.

17 Gun Howitzer Noricum (155 mm), von Noricum, einer Tochterfirma der VÖEST, im Werk von Liezen ab 1979 produziert. Die VÖEST teilte sich Produktion und Vermarktung des Geschützes mit dem geächteten Apartheid-Regime in Südafrika: ebd., S. 168.

18 Immerhin hätte das Geschäft die Geschützproduktion am Standort Liezen auf Jahre absichern sollen: Johannes Lutz, *Waffenproduktion und Waffenexport: Rüstungsindustrie in Österreich – Eine Analyse betriebswirtschaftlicher und unternehmenshistorischer Aspekte der Waffenproduzenten Steyr-Mannlicher und Glock*, Masterarbeit Graz 2019, S. 38.

19 Ebd.

20 Hödl, *Österreich*, S. 147. Die genaue Anzahl der gelieferten Haubitzen unterscheidet sich je nach Quellenlage. Das Handelsregister des Stockholm International Peace Research Institute gibt für Irak und Iran jeweils 200 Geschütze an: Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.), *Transfers of major weapons, 1951–2020*, Supplier: Austria, o. D., https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php, eingesehen 29.6.2021.

21 Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977 idF 30a/1991.

22 Hödl, *Österreich*, S. 122.

23 Ebd., S. 145–146.

24 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 66.

wurden schließlich an Magna verkauft und 2001 entstand der Betrieb Magna Steyr.²⁵ Als ausschließlicher Waffenhersteller verblieb die 1989 ausgegliederte Steyr-Mannlicher GmbH.²⁶ Ein weiterer österreichischer Betrieb im Waffengeschäft war die Hirtenberger Patronenfabrik, die 1981 von der staatlichen VÖEST gekauft wurde, um die Munition für die Noricum-Haubitze herzustellen.²⁷ Weitere Firmen wie Glock oder die ÖAF (Österreichische Automobil Fabriks-AG) stellten vorwiegend militärische Produkte her (Handfeuerwaffen, Militärlastwagen), die nicht als Kriegsmaterial galten und die daher auch keine Exportgenehmigung nach dem KMG benötigten.

In der Blütezeit der österreichischen Rüstungsindustrie (circa 1977–1981)²⁸ gingen 80 Prozent der Exporte in die Dritte Welt²⁹ und mit Stand 1982 waren es 37 Staaten des Globalen Südens, die Waffen in Österreich kauften.³⁰ Nach einer unveröffentlichten Studie von Alexander Van der Bellen machten Rüstungsgüter (im Zeitraum von Mitte der 1970er-Jahre bis Anfang der 1980er-Jahre) ein Zehntel der österreichischen Gesamtexporte in die Dritte Welt aus.³¹

Nicht jedes kleine neutrale Land mit eigener Rüstungsproduktion exportierte einen Großteil seiner Waffen in die Dritte Welt. In der Schweiz beispielsweise war es ein Maximum von 28,5 Prozent der Waffenexporte, die an Staaten des Globalen Südens gingen. Als Erklärung der österreichischen Situation lassen sich eine Reihe von Gründen anführen: Durch die restriktive Rüstungsexportpolitik der USA unter Präsident James „Jimmy“ Carter (1977–1981) war der weltweite Waffenmarkt offen für kleinere Akteure. Österreichische Waffen kosteten überdurchschnittlich viel, wodurch westliche Staaten, denen der gesamte Markt offenstand, vielfach die Konkurrenz bevorzugten, während Diktaturen und Regime der Dritten Welt, deren Wahlmöglichkeiten durch Waffenembargos eingeschränkt waren, bei österreichischen Firmen einkauften. Österreichische Waffen waren strategisch und technisch nicht auf dem neuesten Stand, so war beispielsweise das Konzept eines Jagdpanzers wie des Kürassiers in den 1970er- und 1980er-Jahren bereits veraltet. Staaten des Globalen Nordens zogen für die Panzerabwehr gewöhnliche Kampfpanzer oder Raketen vor, für Aufgaben der inneren Sicherheit war der Kürassier dennoch durchaus geeignet.³² Trotz veralteter Rüstungsgüter entstanden daher erfolgreiche Handelsbeziehungen mit Staaten des Globalen Südens, die unter anderem auf politische Kontakte, vor allem in den Nahen Osten, zurückzuführen sind. Exportförderungen und Exportgarantien versprachen Erfolg für österreichische Rüstungsunternehmen und das Bundesheer half bei Entwicklung, Testung und Vermarktung österreichischer Militärprodukte.³³

25 Lutz, *Waffenproduktion*, S. 78.

26 Ab 2019 STEYR ARMS GmbH genannt: STEYR ARMS GmbH (Hrsg.), *Geschichte*, o. D., <https://www.steyr-arms.com/de/unternehmen/geschichte/>, eingesehen 27.6.2021.

27 Lutz, *Waffenproduktion*, S. 37–38.

28 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 157.

29 Hödl, *Österreich*, S. 146.

30 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 110.

31 Alexander Van der Bellen u. a., *Rüstungskonversion in Österreich*, Wien 1985, S. 99, zit. nach Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 156.

32 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 24.

33 Ebd., S. 111–112.

Diktaturen und Regime der Dritten Welt als wichtigste Abnehmer machten strengste Geheimhaltung der Exporte vor der Öffentlichkeit notwendig, da Waffenlieferungen ethisch und unter Berücksichtigung des Wortlauts des KMG nur schwer zu rechtfertigen waren. Lenkten Ereignisse das öffentliche Interesse auf Waffenexporte, so wurde bei journalistischen Nachfragen auf die verpflichtende Geheimhaltung und Amtsverschwiegenheit verwiesen.³⁴ Wenig aufschlussreich waren auch offizielle Unterlagen der Regierung und Betriebe:

„Geht es nach den offiziellen Geschäftsberichten der Rüstungsfirmen und der österreichischen Außenhandelsstatistik, dann gäbe es in Österreich praktisch keine Rüstungsexporte. Auch der gesetzlich vorgesehene jährliche Bericht der Bundesregierung über Waffenexporte ist nicht mehr als eine Farce.“³⁵

Zahlen und Angaben zu Waffenexporten stammen in der vorliegenden Arbeit daher aus Zeitungsartikeln sowie Recherchen von Forschungsteams oder Journalist*innen,³⁶ Radiobeiträgen bzw. von Forschungsinstitutionen wie dem IISS (International Institute for Strategic Studies), mit dessen jährlicher Publikation „The Military Balance“³⁷, und dem SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute)³⁸, mit dessen Datenbanken und Jahrbüchern.³⁹

3.1 Österreichische Panzerexporte

Steyr Jagdpanzer vom Typ Kürassier (Kennung: SK-105, verkauft im Zeitraum 1978 bis 2007) und Saurer Schützenpanzer (verkauft im Zeitraum 1978 bis 2000)⁴⁰ stellten mit insgesamt 541 verkauften Fahrzeugen⁴¹ den größten Aktivposten der österreichischen Rüstungsindustrie dar und konnten im Gegensatz zu den Noricum-Haubitzen legal exportiert werden. Während das Schützenpanzer-Geschäft mit Kunden wie Nigeria (1981–1986: 170 Schützenpanzer) und Griechenland (1981–1994: 444 Schützenpanzer in Lizenz produziert)⁴² kein öffentliches Aufsehen erregte, waren Kürassier-Verkäufe ab dem geplatzen Chile-Geschäft 1980 von Diskussionen begleitet. Radio-Reporter Fritz Pesata wies im Ö1-Mittagsjournal am 4. Juni 1985 auf die innenpolitische Dimension der Waffenexporte hin: „Die Geschichte des Kürassiers, der in den 60er-Jahren von den Steyr-Werken entwickelt wurde, ist, was den Export anlangt, auch die Geschichte ständiger innenpolitischer Auseinandersetzungen.“⁴³

34 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 85–87.

35 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 156. Peter Pilz bezeichnete das veröffentlichte Material der Rüstungsindustrie ebenfalls als wenig verlässlich: Pilz, *Die Panzermacher*, S. 1.

36 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 156.

37 International Institute for Strategic Studies, o. D., <https://www.iiss.org/>, eingesehen 28.6.2021.

38 Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), o. D., <https://sipri.org/>, eingesehen 28.6.2021.

39 The Military Balance von 2000/2001 und das SIPRI-Jahrbuch von 2000 waren etwa die Grundlage der Parlamentarischen Anfrage zum Panzerverkauf an Botswana: 3182/J XXI.GP, 7.12.2001, in: [Parlament.gv.at \(Hrsg.\), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/J/J_03182/fname_605131.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/J/J_03182/fname_605131.pdf), eingesehen 28.6.2021.

40 Beide Panzertypen und ihre Ausführungen wurden von Steyr im Saurerwerk in Wien Simmering produziert. Die Aktienmehrheit der Saurerwerke gehörte Steyr ab 1959 und 1970 ging der Betrieb endgültig in den Steyr-Werken auf: Lutz, *Waffenproduktion*, S. 75.

41 Davon 339 Kürassier-Jagdpanzer: SIPRI, *Transfers of major weapons*.

42 Griechenland produzierte zwischen 1981 und 1994 in Lizenz 444 Saurer-Schützenpanzer: ebd.

43 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

Die ersten Kürassier-Exporte an Tunesien (1977: 45 SK-105), Argentinien (1978: 53 SK-105)⁴⁴ und Bolivien (1978–1980: 34 SK-105, sechs Schützenpanzer, zwei Bergepanzer) erfolgten unter Geheimhaltung und ohne Protest der Öffentlichkeit. Es war das Marokko-Geschäft (1978–1980: 109 SK-105, elf Bergepanzer),⁴⁵ das zum ersten Mal öffentliche Aufmerksamkeit auf österreichische Panzerverkäufe lenkte. Die Jagdpanzer kamen im Krieg in der Westsahara gegen die Frente Polisario zum Einsatz, der es 1979 gelang, vier der Fahrzeuge zu erbeuten und der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Die öffentliche Entrüstung war groß und einige afrikanische Staaten drohten mit Abbruch der Handelsbeziehungen zu Österreich, woraufhin der Ministerrat weitere Waffenverkäufe an Marokko untersagte.⁴⁶

Nach dem missglückten Chile-Geschäft⁴⁷ folgten 1981 Panzerexporte an Argentinien (57 SK-105)⁴⁸ und 1985 weitere versuchte Exporte an Marokko (50 SK-105), die beide zu heftigen öffentlichen Diskussionen und Widerständen führten. Letzte Kürassier-Geschäfte gab es 1999 mit Botswana (20 SK-105, zwei Schützenpanzer), die Bundeskanzler Wolfgang Schüssel trotz eines Verweises des Außenministeriums auf die Spannungssituation im südlichen Afrika abgesegnete,⁴⁹ und im Jahr 2000 mit Brasilien (17 SK-105, ein Bergepanzer).⁵⁰

Ab den späten 1990er-Jahren wurden die Radpanzer Pandur und Pandur II mit 624 verkauften Fahrzeugen (Stand 2021) zum Erfolgsprodukt für die Nachfolgebetriebe von Steyr-Daimler-Puch. Wichtige Abnehmer waren Portugal (188 Pandur II), Kuwait (150 Pandur), Tschechien (127 Pandur II) und Slowenien (72 Pandur).⁵¹

4. Das Ö1-Mittagsjournal als Quelle

Radioprogramme sind ein in der historischen Forschung verhältnismäßig selten genutztes Quellenmaterial. Welche Erkenntnisse jedoch durch Radiobeiträge gewonnen werden können, verdeutlichen Michael Stollens Ausführungen:

„Diese Tondokumente [Live-Reportagen, Radiointerviews und öffentliche Reden] bilden eine einzigartige Quelle, um öffentlich-rechtliche, gebührenfinanzierte Sichtweisen auf zeitgeschichtliche Probleme auszumachen. Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen ausgewiesenen Informations- und Bildungsauftrag besaß und von den Hörern als zuverlässige und glaubwürdige Informationsquelle geschätzt wurde, gewinnen gerade die nicht-fiktionalen Berichte Bedeutung für die Analyse gesellschaftlicher Wahrnehmungsweisen. [...]

44 Pils, Die Panzermacher, S. 119–121.

45 SIPRI, Transfers of major weapons.

46 Pils, Die Panzermacher, S. 136–140.

47 Es ging dabei um 100 Kürassier-Jagdpanzer, sechs Bergepanzer, drei Saurer-Schützenpanzer, drei Kommandoschützenpanzer, 360 Maschinenpistolen und 124 Maschinengewehre (Wert: 2,075 Mrd. ö. S.): Pils, Die Panzermacher, S. 125–127.

48 Weitere Exporte an Argentinien gab es 1985 (zehn Bergepanzer) und 2006 (vier SK-105).

49 3182/J XXI.GP, 7.12.2001.

50 SIPRI, Transfers of major weapons.

51 Ebd.

Das Beeinflussungspotenzial der Sendungen kann zwar nicht genau geschätzt werden, aufgrund der öffentlich-rechtlichen Strukturen kann davon ausgegangen werden, dass sich sowohl Radiomacher wie Radionutzer eine Schnittmenge gemeinsamer Ansichten und Stimmungen teilten.⁵²

Diese Merkmale beziehen sich zwar auf den deutschen Rundfunk der 1950er-Jahre, haben allerdings für den Österreichischen Rundfunk und das Radioprogramm Ö1 ebenfalls Gültigkeit. Es ist hauptsächlich das Ö1-Mittagsjournal, laut Anton Hubauer „die wichtigste Journalsendung des Tages“⁵³ das im Folgenden untersucht werden soll, da es die meisten Zuhörer*innen erreichte und die ausführlichste tägliche Nachrichtensendung darstellte.⁵⁴ Vereinzelt sind es auch Abendjournale und ausführlichere Beiträge wie „Im Brennpunkt“ oder „Von Tag zu Tag“, die als Quellenmaterial in die Arbeit einfließen.

Das Mittagsjournal, ebenso wie das Morgen- und Abendjournal, erschien am 2. Oktober 1967 zum ersten Mal und gehört auch heute noch zum festen Bestandteil des Tagesablaufs vieler Radiohörer*innen. Die Dauer des Mittagsjournals sowie der Aufbau veränderten sich in den fünfzig Jahren seines Bestehens nicht nennenswert. Die Sendung setzt sich aus einem Überblick, Nachrichten, Wetterbericht und den einzelnen Beiträgen mit Schwerpunkt auf Innen- und Außenpolitik zusammen.⁵⁵ Die Anzahl der Beiträge variierte von den 1960ern bis in die 1980er-Jahre zwischen acht und elf Einspielungen und erhöhte sich auf 13 bis 18 Beiträge in den 1990ern.⁵⁶ Die Länge von 59 Minuten und einer unterschiedlichen Anzahl von Sekunden blieb unverändert und wird erreicht, indem bei Verzögerungen Beiträge zu Kunst oder Wissenschaft gestrichen werden.⁵⁷

Die österreichische Mediathek digitalisierte in drei wissenschaftlichen Projekten die Ö1-Mittagsjournale des Zeitraums von 1967 bis 1999 (circa 8.000 Stunden Sendezeit, über 100.000 Beiträge) und sie sind über die Website der Mediathek⁵⁸ bzw. über das Onlineportal „Ö1-Journale“⁵⁹ der Mediathek abrufbar.⁶⁰ Die einzelnen Beiträge sind beschlagwortet und Zugriff auf das Journal eines bestimmten Datums ist über das Onlineportal möglich.

52 Michael Stolle, Emotionale Wiedervereinigung. Das Radio und die Heimkehr der Kriegsgefangenen in die BRD, in: Frank Bösch (Hrsg.), *Die Massen bewegen*. Frankfurt am Main 2006, S. 325–343, hier S. 327–328.

53 Anton Hubauer, Ö1-Journale im Wandel der Zeit. Aufbau und Veränderungen der Ö1-Journalsendungen von den 1960ern bis in die 1980er-Jahre, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/oe1-journale-im-wandel-der-zeit/>, eingesehen 12.5.2021. Statistiken zu Hörerzahlen des Ö1-Mittagsjournals im untersuchten Zeitraum liegen nicht vor.

54 Anton Hubauer/Johannes Kapeller, Dokumentation des Arbeitsablaufs. Workflow, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/arbeitsablauf/>, eingesehen 12.5.2021.

55 Hubauer, Ö1-Journale.

56 Eva Reder, Audiomaterial als wissenschaftliche Quelle. Die Ö1-Mittagsjournale 1990–1999. Perspektiven, Probleme, Editionsmöglichkeiten, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/audiomaterial-als-wissenschaftliche-quelle/>, eingesehen 12.5.2021.

57 Hubauer, Ö1-Journale.

58 Österreichische Mediathek. Das österreichische Archiv für Tonaufnahmen und Videos aus Kultur- und Zeitgeschichte, o. D., <https://www.mediathek.at/>, eingesehen 12.5.2021.

59 Ö1-Journale. Ein Onlineportal der Österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/>, eingesehen 12.5.2021.

60 Reder, Audiomaterial als wissenschaftliche Quelle.

Die Mittagsjournale haben für die Fragestellung nach den Argumentationslinien um Waffenexporte einen besonderen Quellenwert, da sie viele Hörer*innen erreichten und Hintergründe, Ereignisse und Argumente in möglichst kurzer Zeit (die einzelnen Beiträge dauern selten länger als fünf Minuten und sind häufig nur zwei bis drei Minuten lang) und verdichtet wiedergeben. Minister, Politiker und Gewerkschafter⁶¹ erklären ihre Standpunkte in Kurzinterviews und Verantwortliche der Rüstungsfirmen geben, sofern sie für Stellungnahmen bereit sind, Einblicke in ihre Betriebe. In Zeiträumen, in denen keine neuen Entwicklungen bekannt wurden, die Diskussion in der Öffentlichkeit aber weiterhin andauerte, finden sich häufig intertextuelle bzw. intermediale Bezüge, wenn in Inlandspresseschauen Artikel und relevante Stellen verschiedenster Zeitungen teilweise inhaltlich, teilweise wörtlich wiedergegeben werden. Bemerkenswerte Aussagen von Politikern gegenüber anderen Medienorganen wurden ebenfalls vermittelt.

5. Argumente für und gegen die Waffenexporte

Die Diskussionen um vier der größten österreichischen Waffenexporte (an Chile, Bolivien, Argentinien, Marokko) werden im Folgenden auf Auslöser, Akteur*innen und Argumente hin untersucht. Die Reihenfolge, in der die Fallbeispiele behandelt werden, ist chronologisch.

5.1 Chile

„Seit dem Bekanntwerden der Absicht von Steyr-Daimler-Puch in Linz, an Chile Waffen im Wert von zwei Milliarden Schilling zu liefern, ist plötzlich eine Diskussion über dieses Geschäft entstanden.“⁶² Mit diesen Worten wurde im Mittagsjournal vom 2. August 1980 von Reinhold Henke der Bericht zum geplanten Panzerexport an das Regime von Augusto Pinochet eingeleitet. Im Journal am 28. Juli 1980 war zum ersten Mal von dem Geschäft die Rede, wer die Pläne allerdings publik machte (ein Ansuchen für die Exportbewilligung war bereits am 7. Juli im Bundeskanzleramt eingelangt)⁶³, ist nicht mehr ersichtlich. Deren Veröffentlichung wurde medial heftig diskutiert.⁶⁴

Protest ließ nicht lange auf sich warten und der Exportversuch entwickelte sich schnell zum bekanntesten österreichischen Waffengeschäft (später nur noch vom Noricum-Skandal übertroffen).⁶⁵ Linke und katholische Organisationen⁶⁶ mit ihren Jugendverbänden (Sozialistische Jugend, Katholische Jugend, Gewerkschaftsjugend)⁶⁷ waren die größten Kritiker*innen. Die Chile-Solidaritätsfront⁶⁸ nahm ebenfalls aktiv am Protest teil

61 An dieser Stelle und im Folgenden wurde bewusst nicht gegendert, denn tatsächlich kommen nur Männer aus Politik und in Gewerkschaften zu Wort.

62 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

63 Ö1-Mittagsjournal, 28.7.1980, 11:40–17:30 min.

64 Pilz, Die Panzermacher, S. 125.

65 Vom Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Skandals bis zu den Verurteilungen und Freisprüchen 1991 (Lutz, Waffenproduktion, S. 42–51) vergingen immerhin sechs Jahre mit teils intensiver öffentlicher Berichterstattung. Eine Suche in der Mediathek mit dem Stichwort „Noricum“ ergibt für den Zeitraum des Skandals 305 Treffer.

66 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

67 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

68 Die CSF (1974–1990) bestand nicht aus Einzelpersonen, sondern aus Organisationen, wie dem Verband

und eine Aktion am Ballhausplatz, bei der 25 Personen (Österreicher*innen und chilenische Flüchtlinge) in einen 24-stündigen Hungerstreik traten, sorgte für große Aufmerksamkeit.⁶⁹ Die Argumentationslinien zogen sich auch durch die Regierungspartei SPÖ. Politiker wie Heinz Fischer (Klubobmann und stellvertretender Parteivorsitzender) und Karl Blecha (Zentralsekretär) äußerten sich ablehnend gegenüber dem Waffenhandel,⁷⁰ während Bruno Kreisky (Bundeskanzler), Hannes Androsch (Finanzminister), Anton Benya (Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes)⁷¹ und Otto Rösch (Verteidigungsminister) den Export befürworteten.⁷²

Das wichtigste Argument gegen den Waffenexport betraf die Menschenrechtslage in Chile. Es führte schließlich zum Scheitern des Geschäfts. Bereits nach dem Sturz des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende 1973 gab es Diskussionen, ob an die neue Militärjunta geliefert werden dürfe, allerdings ging es zu diesem Zeitpunkt nicht um Waffen, sondern um zivile Güter. Umso größer war die Entrüstung, als das Waffengeschäft publik wurde.⁷³ So resümierte Michael Kerbler im Mittagsjournal am 2. August 1980: „Ein Sturm der Entrüstung brach los. Es wurde auf Menschenrechtsverletzungen hingewiesen, auf die Verfolgung von Gewerkschaftern, auf Folter und das Verschwinden Oppositioneller.“⁷⁴ Immerhin hatte Österreich unter Kreisky nach dem Putsch politische Flüchtlinge aus Chile aufgenommen,⁷⁵ eine Tatsache, auf die im ersten Mittagsjournal zur Thematik am 28. Juli 1980 verwiesen wurde.

Tatsächlich war das Argument der schlechten Menschenrechtslage so verbreitet, dass nahezu jede Argumentation diese berücksichtigte. Dazu Kreisky im Telefoninterview während eines Mallorca-Urlaubs:

„Wir wollen also eine absolute Zusicherung haben, dass diese [kurzes Zögern] Geräte, für die wir, wobei ich noch einmal unterstreichen möchte, die äh Fahrzeuge sind nur von uns, die Ausrüstung selber ist ja eine französische, bekanntlich, dass diese Fahrzeuge, dass diese Geräte, nicht für [kurzes Zögern] Auseinandersetzungen im Inneren verwendet werden dürfen, ja, also nur den Zwecken der Landesverteidigung dienen.“⁷⁶

Kreisky umschrieb den Panzer euphemistisch mit den Begriffen „Gerät“ und „Fahrzeug“ und verwies hinsichtlich der Bewaffnung (umschrieben als „Ausrüstung“) auf Frank-

Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ), dem Bund Demokratischer Frauen (BDF) oder der Aktion Kritisches Christentum (AKC): Clemens Drechsel, *Chilenische Flüchtlinge in Österreich. Biographische Studien zweier Generationen*, Dipl. Innsbruck 2005, S. 82–88.

69 Jakob Wurm, *Solidarität mit dem chilenischen Volk. Diskurspraxis der österreichischen Chile-Solidaritätsfront*, Dipl. Wien 2008, S. 59–60; Ö1-Mittagsjournal, 12.8.1980, 24:50–32:20 min.

70 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

71 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

72 Ö1-Mittagsjournal, 14.8.1980, 30:05–32:30 min.

73 Pilz, *Die Panzermacher*, S. 125.

74 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

75 Wurm, *Diskurspraxis*, S. 59.

76 Kreisky vermeidet bewusst die Begriffe „Panzer“ oder „Waffe“ und betont, dass nur die Fahrzeuge österreichisch, die Bewaffnung hingegen französisch sei: Ö1-Mittagsjournal, 28.7.1980, 14:45–15:50 min. Bei einer anderen Gelegenheit soll Kreisky den Kürassier sogar nur als „geländegängiges, geschütztes Fahrzeug“ bezeichnet haben (Mittagsjournal zum Panzerexport an Marokko): Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

reich.⁷⁷ Auf die Frage nach der Glaubwürdigkeit der chilenischen Regierung entgegnete Kreisky sinngemäß, dass bei keiner Regierung eingeschätzt werden könne, ob sie ihr Wort hielte und bei einer Täuschung die Lieferung abgebrochen werde.⁷⁸ Was bei einem Bruch der Zusicherung nach abgeschlossener Lieferung geschehen würde, blieb offen. Die Inlandspreseschau im Mittagsjournal vom 29. Juni 1980, zusammengestellt von Hans Langsteiner, gab einen kritischen Kommentar auf diese Aussage von Kreisky aus der Zeitung „Kurier“ wieder:

„Der Bundeskanzler sagt, man werde von Chile ein Papier verlangen, wonach die dortigen Arbeitermörder versprechen, die Panzer nur zur Landesverteidigung nach außen zu verwenden. Da lachen nicht nur die Hühner, sondern sämtliche Kondore in den Anden. Der letzte Krieg zwischen südamerikanischen Staaten fand vor hundert Jahren statt. Sonst sind die Waffenarsenale Südamerikas nur gegen die eigene Bevölkerung verwendet worden.“⁷⁹

ÖGB-Präsident Anton Benya erkannte im Gespräch mit Michael Kerbler das Argument der schlechten Menschenrechtslage in Chile an: „Wie ich und wie wir als Gewerkschafter, als freie Gewerkschafter, zu Militärdiktaturen stehen, ist bekannt, wir lehnen dieses System dort ab, das System passt uns sicherlich nicht, aber auf der anderen Seite [...]“ und dann folgten Argumente der Arbeitsplatzsicherung und Verwendung der Einnahmen für Neuinvestitionen.⁸⁰

Robert Graf, Wirtschaftssprecher der ÖVP, war im Gespräch mit Leopold Esterle am 21. August „selbstverständlich“ und seine Partei „natürlich auch“ dagegen, „dass auf Arbeiter geschossen wird [...]“.⁸¹ Die Ablehnung des Exportantrags war zuvor im SP-Präsidium de facto beschlossen worden. Daraufhin stellte Graf einen ungleichen Umgang der SPÖ mit linken und rechten Diktaturen fest⁸² und meinte, die Bundesregierung hätte den Steyr-Werken nie Hoffnung auf einen Export machen dürfen, dann wären die Panzer nie gebaut worden. Auch erklärte er, es müsse versucht werden, Waffen zu verkaufen, wenn ein Waffengeschäft aufgebaut wird, doch unklare Exportrichtlinien verunsichern die Rüstungsindustrie und potentielle Käufer*innen.⁸³ Ein weniger bedächtiges Bild zeichnete Graf bei einem Auftritt im Fernsehen, als er erklärte, er „lehne das moralische Gejammer über die Waffenexporte ab“ und meinte, „man könne auf ein Geschäft über zwei Milliarden Schilling nicht aus moralischen Gründen verzichten.“ Diese Aussagen

77 Der „Kürassier“ war eine österreichisch-französische Kooperation und die Panzertürme wurden von Frankreich produziert und geliefert: Pilz, *Die Panzermacher*, S. 23–24.

78 Ö1-Mittagsjournal, 28.7.1980, 14:45–15:50 min.

79 Ö1-Mittagsjournal, 29.7.1980, 22:35–24:30 min.

80 Ö1-Mittagsjournal, 31.7.1980, 11:35–17:00 min.

81 Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

82 „Es wurden ja Lieferungen an rechte Diktaturen getätigt und ich höre heute also, die Chile-Lieferung kommt nicht zustande.“ Robert Graf dürfte sich bei dieser Aussage versprochen haben und meinte wohl linke Diktaturen. Der Vorwurf einer ungleichen Bewertung blieb nach dem Scheitern des Geschäfts bestehen und wurde noch im Juni 1985 vom ÖVP-Nationalratsabgeordneten Friedrich König ausgesprochen: NR-Protokoll, XVI. GP – 93. Sitzung – 12. Juni 1985, in: *Parlament.gv.at* (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00093/imfname_144219.pdf, eingesehen 13.6.2021.

83 Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

wurden im „Neuen Volksblatt der ÖVP“, dem Organ der Partei Grafts, wiedergegeben und mit folgenden Worten scharf kritisiert: „Moral hat also nur dort zu gelten, wo sie nichts koste. Je höher der Gewinn, desto geringer die Ansprüche an die Moral.“ Der Fernsehauftritt und Artikel waren Teil der Inlandspressehau des Mittagsjournals am 7. August, zusammengestellt von Hans Langsteiner.⁸⁴

Andere Befürworter des Waffengeschäfts relativierten die humanitäre Situation. FPÖ-Wehrsprecher Helmuth Josseck nahm dazu folgendermaßen Stellung: „Ich gebe zu, dass es bedauerlich ist, die Entwicklung, die besonders vor Jahren [betont] in Chile stattgefunden hat, dass die sich so negativ hinsichtlich Demokratie ausgewirkt haben, aber auf der anderen Seite [...]“⁸⁵ Verteidigungsminister Otto Rösch umging eine klare Positionierung, indem er meinte, er sei für Menschenrechtsfragen nicht zuständig und werde Waffenexporten zustimmen, solange die Waffen nicht gegen Österreich verwendet werden würden.⁸⁶

Neben den moralischen Überlegungen zur Menschenrechtslage fanden internationale Solidarität mit der unterdrückten Bevölkerung Chiles sowie das internationale Ansehen Österreichs ebenfalls Berücksichtigung in der Diskussion. Der Journalist Peter Pelinka schrieb etwa in der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ von der positiven Auswirkung, die internationale Solidarität in Themen der Tagespolitik auf die sozialistische Partei haben könne und meinte, dass ein Verlust des Ansehens der Kreisky-Regierung und Österreichs bei Ländern der Dritten Welt ein zu hoher Preis für ein Zwei-Milliarden-Schilling-Geschäft sei.⁸⁷ Ein weiteres Manko stellte der Umstand dar, dass die Kreisky-Regierung bei einer genehmigten Waffenlieferung mit der konservativen Regierung von Margret Thatcher gleichgezogen hätte, die ihrerseits ein britisches Waffenembargo gegenüber Chile aufhob und dafür von der sozialdemokratischen Partei Großbritanniens, der Labour Party, kritisiert wurde.⁸⁸

Im Verlauf des bereits angeführten Telefoninterviews gab Kreisky neben seiner verlangten Zusicherung des Verwendungszwecks die Argumente der Arbeitsbeschaffung und Landesverteidigung an. Laut Kreisky solle nämlich das österreichische Bundesheer mit Waffen der österreichischen Rüstungsindustrie ausgerüstet werden, und da es als alleiniger Abnehmer für die Betriebe nicht ausreichte, müssten die Firmen ihre Produkte exportieren dürfen.⁸⁹

Die beiden letzten Punkte finden sich in den fortlaufenden Diskussionen immer wieder, wobei beim Punkt der Arbeitsplatzsicherung die Höhe des Gewinns,⁹⁰ die schlechte Arbeitsmarktlage und das Handelsdefizit angeführt wurden.⁹¹ Die hohen Einnahmen

84 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

85 Nachfolgend zählt er die Krisengebiete auf, an die Österreich bereits geliefert hatte: Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

86 Ö1-Mittagsjournal, 13.8.1980, 4:55–5:50 min.

87 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

88 Ö1-Mittagsjournal, 28.7.1980, 14:45–15:50 min.

89 Ebd.

90 Immerhin hätte die chilenische Regierung in bar gezahlt, wodurch keine riskante staatliche Kreditgewährung nötig gewesen wäre: ebd.

91 Ö1-Mittagsjournale, 31.7.1980, 2.8.1980, 7.8.1980, 21.8.1980.

aus dem Rüstungssektor verwendete Steyr-Daimler-Puch laut Mittagsjournal vom 2. August für Neuinvestitionen in „anderen Bereichen“⁹² und auch Anton Benya betonte die Investition der Einnahmen in neuen Produktionsstätten neben der Arbeitsplatzsicherung als Legitimation für den Export.⁹³

Die krisisierende Seite führte als Antwort eine Studie der Internationalen Metallarbeiterföderation an, die den technologieintensiven Charakter der Rüstungsindustrie zeigte. Ihr zufolge sicherte nämlich eine Milliarde Dollar im Rüstungswesen 35.000 Arbeitsplätze, im Bauwesen 76.000 und im Bildungsbereich 100.000 Arbeitsplätze, wodurch die Rüstungsindustrie wenig arbeitsplatzfördernd und zudem noch abhängig von politischen Entscheidungen sei. Der Umstand, dass 1979 der Rüstungssektor von Steyr mit vier bis fünf Prozent der Belegschaft (800–1.000 von insgesamt 18.500 Angestellten) fünfzehn Prozent des Gesamtumsatzes⁹⁴ erwirtschaftete, bestätigte diese Erkenntnis.⁹⁵ Als Gefahr wurde daher eine Einschränkung der weniger profitablen breiten Palette ziviler Produkte zu Gunsten der Rüstungsindustrie und in der Folge eine zu große Abhängigkeit vom Waffenexport gesehen.⁹⁶ Auf die von der Sozialistischen Jugend geforderte Umstellung der Produktion auf den zivilen Sektor hatte ÖGB-Präsident Anton Benya eine eindeutige Antwort: „[D]as sind billige Argumente, aber im Praktischen ist das nicht drinnen. Wir brauchen Pflüge, wir brauchen Traktoren, wir haben Metall genug, um das und das zu erzeugen, also das sind nur Wortspielereien, die sehr schön klingen, aber im praktischen Leben keinen Sinn haben.“⁹⁷ Weshalb eine Umstellung so unmöglich wäre, blieb unbeantwortet und wahrscheinlich lag der „Kurier“ in seiner Einschätzung richtig: „Der Waffenexport ist für Steyr überlebenswichtig, alles andere ist Selbstbetrug.“⁹⁸ Michael Malzacher, Generaldirektor von Steyr, meinte immerhin, dass der Anteil der Rüstungsproduktion eine Obergrenze von 25 Prozent am Gesamtumsatz nicht überschreiten werde.⁹⁹

Der „Kolumnist Staberl“ schrieb in der „Neuen Kronenzeitung“: „Panzer wohl zu erzeugen, dann aber nicht verkaufen zu wollen, das ist doch wahrhaft der kristallklar und in Reinkultur herausdestillierte Unsinn.“¹⁰⁰ Der „Kurier“ meinte: „Wer A für Arbeitsplatz sagt, muss gelegentlich auch B für Blutgeschäft sagen.“¹⁰¹

Das zweite Kreisky-Argument, die österreichische Landesverteidigung und die Ausrüstung des Bundesheers mit österreichischen Rüstungsgütern, fand zum einen Verwendung, um den Waffenexport zu rechtfertigen (wie bereits erwähnt, reichte das Bundesheer als alleiniger Abnehmer angeblich nicht aus), zum anderen, um die

92 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

93 Ö1-Mittagsjournal, 31.7.1980, 11:35–17:00 min.

94 Helmut Gries in der SPÖ-nahen *Grazer Neue Zeit*, zit. in der Inlandspresseschau vom 30. Juli 1980: „[...] vorsichtig gerechnet mehr als die Hälfte des Ertrags.“: Ö1-Mittagsjournal, 30.7.1980, 20:50–23:55 min.

95 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min; Pilz, *Die Panzermacher*, S. 92.

96 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

97 Ö1-Mittagsjournal, 31.7.1980, 11:35–17:00 min.

98 Ö1-Mittagsjournal, 29.7.1980, 22:35–24:30 min.

99 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

100 Ö1-Mittagsjournal, 7.8.1980, 34:45–45:05 min.

101 Ö1-Mittagsjournal, 29.7.1980, 22:35–24:30 min.

Rüstungsproduktion in Österreich an sich zu legitimieren. Verteidigungsminister Rösch meinte in diesem Zusammenhang, dass im sozialistischen Parteiprogramm eine Ausrüstung des Bundesheers mit österreichischen Waffen klar vorgesehen sei und es daher keine Einschränkung der Produktion geben dürfe.¹⁰² Nach einem Beitrag von Karl Graber in „Die Presse“ (Inlandspresseschau vom 30. Juli) brauchte Österreich eine eigene Rüstungsproduktion „aus Gründen der Selbstbehauptung und der Neutralität“ und für ihn war es eine Frage der *economies of scale*¹⁰³, die den Waffenexport notwendig machte: Wenn das Bundesheer bei österreichischen Betrieben Waffen zu einem vertretbaren Preis kaufen wolle, müssten dieselben Waffen auch exportiert werden dürfen.¹⁰⁴

Die Gegner des Geschäfts schienen an der Idee der „Ausrüstung des Bundesheers aus österreichischer Produktion“ keinen Anstand genommen zu haben und erst später wurde dessen Nutzen relativiert. Peter Pilz widmete der Thematik ein eigenes Kapitel, in dem er das Konzept so umdeutet, dass nicht das Bundesheer die Rüstungsproduktion, sondern vielmehr die Rüstungsbetriebe das Bundesheer gebraucht hätten. Punkte, die er dabei anführt, sind ein geringer Wert der eigenen Rüstungsindustrie im Kriegsfall, Waffen für das Bundesheer, die um bis zu 25 Prozent teurer waren als vergleichbare Produkte aus dem Ausland und unentgeltliche Zusammenarbeit mit den Betrieben beim Entwickeln und Testen der Waffen sowie bei der Vermarktung.¹⁰⁵ Zudem kaufte das Bundesheer in den Krisenjahren des Konzerns (Steyr sollte die Verlustzone von 1982 bis Mitte der 1990er nicht verlassen)¹⁰⁶ Bestände, obwohl es sie nicht brauchte, als Wirtschaftshilfe.¹⁰⁷ Der spätere Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager meinte etwa bei der Diskussion um einen Panzerexport nach Marokko im Juni 1985, dass das Bundesheer, um den Steyr-Betrieb zu stützen, Kürassier-Panzer zu einem Zeitpunkt gekauft hatte, als sie nicht benötigt wurden.¹⁰⁸

Ein weiteres beliebtes Argument der Rechtfertigung war jenes, dass so gut wie jedes Land Waffenexport betreibt,¹⁰⁹ es genug Mitbewerber im Chile-Geschäft gegeben habe und es keinen Unterschied machen würde, ob Österreich lieferte oder nicht. Dazu meinte Benya: „Wenn die ganze Welt sich anbietet, dann wird Österreich nicht gerade der Faktor sein, der unbedingt alles ablehnt, was andere annehmen.“¹¹⁰ Reinhard Ablinger argumentierte in der sozialistischen Zeitung „Oberösterreichisches Tagblatt“, dass es für Chile keinen Unterschied machen würde, ob Österreich liefert oder nicht, da

102 Ö1-Mittagsjournal, 13.8.1980, 4:55–5:50 min.

103 Die *economies of scale* bezeichnen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, große Waffenmengen zu produzieren, um den Stückpreis für den österreichischen Staat zu senken, wodurch der Überschuss exportiert werden müsste.

104 Ö1-Mittagsjournal, 30.7.1980, 20:50–23:55 min.

105 Pilz, Die Panzermacher, S. 68–75.

106 Hansjörg Seckauer/Josef Weidenholzer, Krise und Krisenbewältigung. Die Entwicklung der Steyrer Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten, in: Roman Sandgruber/Michael John (Hrsg.), Tradition – Innovation. Industrie im Wandel. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Steyr 1998, S. 104–133, hier S. 109.

107 Pohl/Rüthemann u. a., Geschäfte, S. 167.

108 Ö1-Mittagsjournal, 3.6.1985, 19:00–26:50 min.

109 Ö1-Mittagsjournal, 30.7.1980, 20:50–23:55 min.

110 Der größte Konkurrent im Geschäft war laut ihm Frankreich: Ö1-Mittagsjournal, 31.7.1980, 11:35–17:00 min.

„[...] hunderte Waffenhändler überall auf dieser militärverseuchten Erde [darauf warten,] diesen Deal zu machen“, eine Tatsache die jedem „noch so linksstehenden Protestierer“ einleuchten müsse.¹¹¹ Als Argumente gegen den Export führt er die Schuld, Verantwortung und Moral des neutralen Österreich an.¹¹²

Argumente, die an frühere Waffenexporte erinnerten, gab es ebenfalls und Helmuth Joss-eck zählte jene Krisengebiete auf, an die Österreich bereits geliefert hatte (Argentinien, Vorderer Orient, Nordafrika), um mit der Frage anzuschließen: „Bitte warum dann nicht auch nach Chile?“¹¹³ Ein Kurzkomentar in „Die Presse“ vermutete zweierlei Maß, mit dem gemessen werde, da „kein Hahn danach gekräht“ hätte, wenn die Waffen für die Krisengebiete Syrien oder Saudi-Arabien bestimmt gewesen wären. Außerdem bräuch-te die Militärjunta die österreichischen Waffen ohnehin nicht, da für innere Auseinander-setzungen noch genug Material von sozialistischen Staaten vorhanden sei, welches sie 1974 an Allende geliefert hätte.¹¹⁴ Welches Material an einen 1974 bereits toten Allende geliefert worden sein soll, blieb ebenso offen wie die Frage, ob das Vorhandensein von Waffen den Export weiterer rechtfertigen kann.

Das Chile-Geschäft verschwand nach dessen Ablehnung zwar aus den Schlagzeilen, verfolgte die Steyr-Daimler-Puch AG jedoch noch lange. Zum einen blieb ein großes Loch in der Bilanz, zum anderen standen die bereits gebauten Kürassier-Panzer am Steyr-Areal auf Halde und erinnerten physisch an das missglückte Geschäft.¹¹⁵ Der Ausstellungskatalog „Tradition-Innovation. Industrie im Wandel“¹¹⁶ gibt an, die bereits gebauten Panzer hätten zur Gänze abgeschrieben werden müssen und verursachten einen Verlust von 1,5 Milliarden Schilling.¹¹⁷ Laut dem Waffenhandelsregister von SIPRI wurden jedoch jene 57 Panzer, die 1981 an Argentinien gingen, ursprünglich für Chile gebaut, wodurch sich die vorhergehende Aussage und die Höhe des Verlustes als falsch herausstellen würde.¹¹⁸

In Radiobeiträgen zum Steyr-Konzern und zu späteren österreichischen Waffenexporten kam das Chile-Geschäft noch häufig zur Sprache und es wurde vor allem in den einleitenden Worten von Beiträgen darauf verwiesen.¹¹⁹ Die Gesamtheit der Chile-Diskussion und das Engagement der kritisierenden Gruppen¹²⁰ war schließlich Teil der Debatte, wenn es um die finanzielle Krise und schlechte wirtschaftliche Lage des Steyr-Konzerns Mitte der 1980er- bis Anfang der 1990er-Jahre ging. Die dann propagierte These war,

111 Ö1-Mittagsjournal, 30.7.1980, 20:50–23:55 min.

112 Ebd.

113 Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

114 Ö1-Mittagsjournal, 29.7.1980, 22:35–24:30 min.

115 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 163.

116 Sandgruber/John, *Industrie*, S. 109.

117 Seckauer/Weidenholzer, *Krise*, S. 109.

118 Der Wortlaut im Waffenhandelsregister zu den Panzern an Argentinien lautet: „Originally ordered by and produced for Chile but delivery cancelled and sold to Argentina.“ SIPRI, *Transfers of major weapons*.

119 Ö1-Mittagsjournal, 17.7.1981, 29.5.1985, 3.6.1985.

120 In späteren Radioberichten scheinen die verschiedenen Bewegungen und Jugendgruppen der allgemeineren Friedensbewegung zugerechnet zu werden: Österreichische Mediathek (Hrsg.), *Im Brennpunkt: Die Steyr-Werke*, 13.1.1984, <https://www.mediathek.at/atom/0178325E-02B-01A83-00000BEC-01772EE2>, eingesehen 13.6.2021.

dass der Imageverlust von Steyr und die politischen Diskussionen zu Chile sowie zu späteren Panzerexporten einen Waffenexport so gut wie unmöglich gemacht hatten und damit das Geld für Investitionen fehle.¹²¹

Peter Pilz widersprach der Auffassung, die Regierung und die Friedensbewegung wären an den schlechten Verkaufszahlen schuld. Er gab bei einem Interview in der Sendung „Im Brennpunkt“ vielmehr den Wiedereinstieg der USA in den Waffenhandel mit der Dritten Welt als Ursache an.¹²² Dies sei eine Entwicklung, die bereits Jahre vorher absehbar gewesen wäre und dem Steyr-Management genug Zeit für eine Umstellung geboten hätte. Die Meinung der Steyr-Belegschaft war hingegen gefestigt, wie ein Interview mit zwei Steyr-Angestellten des Rüstungssektors zeigt: „Mir zwoa arbeiten in der Waffenproduktion, ned, da wärs halt die beste Lösung, man soll uns die Waffen verkaufen lassen, des war es beste, ned.“

Auf die Frage des Interviewers, „Ihr habts natürlich auch kein Verständnis für die Friedens...“, war die Antwort eindeutig:

„Na überhaupt net, na in dem Punkt net, na, weil i muss ja arbeiten. Sicher i bin a net für'n Krieg oder was, na, aber ... unsere Waffen machen in Krieg net, na sicher net, des sind ganz andere Waffen, was schrecklicher san, [...] Sicher, gegen Atomraketen kennen's eh demonstrieren, bis sie umfallen von mir aus, ja, aber nit gegen solche Sachen, ja ... wo fast der Betrieb dranhängt, ned, also größtenteils, wie sie jetzt immer waren [...].“¹²³

5.2 Bolivien

Ein zentrales Merkmal der Diskussion um Panzerexporte nach Bolivien ist ihre weitgehende Abwesenheit. Der Verkauf der 34 Jagdpanzer zwischen 1978 und 1980¹²⁴ fand unter absoluter Geheimhaltung statt, die Öffentlichkeit konnte daher weder reagieren noch protestieren, und auch als die Panzer beim Allerheiligenmassaker im November 1979¹²⁵ und beim Putsch von Luis Garcia Meza am 17. Juli 1980 aktiv gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, blieb eine Reaktion zunächst aus.

121 Seckauer/Weidenholzer, *Krise*, S. 109.

122 Die Reagan-Regierung schaute im Gegensatz zur vorhergehenden Carter-Regierung bei Waffenexporten nicht länger auf die Menschenrechtssituation in den Empfängerländern: Volker Matthies, *Krieg in der Dritten Welt, Opladen-Leske-Budrich* 1982, S. 92. Gerald Hödl bezeichnet die Betonung der Menschenrechte unter der Carter-Regierung allerdings als „Schein“ und „ideologische Waffe“, da sie diktatorische Regimes und militärische Aggressoren gegen sozialistisch-revolutionäre Staaten unterstützte, teilweise sogar erst aufbaute: Hödl, *Österreich*, S. 33–34.

123 Österreichische Mediathek, *Im Brennpunkt: Die Steyr-Werke*.

124 SIPRI, *Transfers of major weapons*.

125 Der gescheiterte Putschversuch von Alberto Natusch Busch vom 1. bis 16. November 1979 wird als Allerheiligenmassaker („La masacre de Todos Santos“) bezeichnet. Die Sendung „Im Brennpunkt“ zum Putsch in Bolivien vom 27. Juni 1980 gibt die Opfer unter der Zivilbevölkerung in La Paz mit 200 Toten und 2.000 Verletzten an: Österreichische Mediathek (Hrsg.), *Im Brennpunkt: Putsch in Bolivien*, 27.6.1980, <https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=01782B91-2A5-00E6F-00000BEC-01772EE2&cHash=d26a2d3991794f8084a9047c34328196>, eingesehen 13.6.2021. Gerhard Müllauer, *Salesianer-Pfarrer in Bolivien*, sprach in der Sendung „Von Tag zu Tag“ (16.9.1980) von 400 Toten: Österreichische Mediathek (Hrsg.), *Von Tag zu Tag – Gerhard Müllauer – Salesianerpater aus Bolivien*, 16.9.1980, <https://www.mediathek.at/atom/10708929-30D-001F2-000008B0-106FA770>, eingesehen 13.6.2021.

„Tatsächlich geliefert wurde an Bolivien. Bilder vom Einsatz der Jagdpanzer im Bürgerkrieg dieses Landes gingen vor Jahren um die ganze Welt.“¹²⁶ Mit diesen Worten wurde fünf Jahre später in einem Beitrag zum Panzerexport an Marokko eine Debatte um das Bolivien-Geschäft suggeriert, bei der zeitnahen Berichterstattung lässt sich hingegen weder für 1979¹²⁷ noch 1980 eine Debatte feststellen.¹²⁸ Selbst dem Team der Sendung „Im Brennpunkt“ waren die Jagdpanzer im Besitz des bolivianischen Militärs offensichtlich unbekannt und ihre Herkunft wurde in einem vierzigminütigen Beitrag am 27. Juli 1980 zu den Ereignissen von 1979 mit keinem Wort erwähnt, auch wenn über den Vorfall berichtet wurde: „Die Putschtruppen versuchen den Widerstand zu brechen. Auf den Straßen vor der Kathedrale und auf dem Platz vor dem Parlament schießen Panzer in die protestierende Bevölkerung, die sich mit Steinen und Knüppeln zur Wehr setzt.“¹²⁹ Dass es sich bei eben diesen Panzern um österreichische handelte, steht außer Frage, denn es waren schlichtweg die einzigen Panzer im bolivianischen Arsenal,¹³⁰ und Fotografien von 1979 zeigen sie in den Straßen und auf dem Hauptplatz von La Paz.¹³¹

Auf die Diskussion um das Chile-Geschäft hatten die österreichischen Panzer in Bolivien aufgrund ihrer geringen Bekanntheit keinen Einfluss, obwohl sie ein Paradebeispiel dafür sind, was Waffenverkäufe in Militärdiktaturen anrichten können. In den Radiobeiträgen zum geplanten Waffengeschäft mit Chile gab es tatsächlich nur einen einzigen Verweis auf Jagdpanzer in Bolivien, wobei keine Einzelheiten genannt wurden. Im Ö1-Mittagsjournal vom 2. August 1980 hieß es: „Die großen Geschäfte der vergangenen Jahre wurden zum Teil in Griechenland [...], zum Teil mit Nigeria, aber auch mit Argentinien, Bolivien und Marokko gemacht.“¹³²

Wie unbekannt die Faktenlage zum Bolivien-Geschäft im Gegensatz zu Chile war, zeigte die Frage einer Hörerin in der Radiosendung „Von Tag zu Tag“ vom 16. September 1980, bei der Gerhard Müllauer, ein Salesianer Don Boscos in Bolivien, zu Besuch war:

„Ja, ich würde den Pater Müllauer noch bitten, ob er etwas sagen würde, wie das wirklich ist, ob Österreich tatsächlich Waffen an Bolivien geliefert hat, denn zum ersten Mal wurde eigentlich hier in der breiteren Öffentlichkeit nur über Chile gesprochen und ich glaube, viele Menschen wissen diese Dinge nicht und man sollte etwas Authentisches dazu sagen.“¹³³

126 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

127 Mittagsjournal-Beiträge, die zum Putsch 1979 berichteten, ohne auf die österreichischen Panzer in Bolivien einzugehen, gab es am 2.11., 3.11., 10.11. und 16.11.1979.

128 Ö1-Mittagsjournal, 18.7., 21.7., 22.7.1980.

129 Österreichische Mediathek, Im Brennpunkt: Putsch in Bolivien.

130 o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1979), Heft 1, S. 75–84; o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1980), Heft 1, S. 77–86; o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1981), Heft 1, S. 91–101.

131 Alexis Solaris T., La Paz, Noviembre de 1979, la masacre que festejó Pinochet, in: *Los Tiempos*, 31.10.2016, <https://www.lostiempos.com/oh/actualidad/20161031/paz-noviembre-1979-masacre-que-festejo-pinochet>, eingesehen 9.5.2021.

132 Ö1-Mittagsjournal, 2.8.1980, 35:50–40:40 min.

133 Österreichische Mediathek, Von Tag zu Tag.

Gerhard Müllauer meinte, dass es eine „traurige Feststellung“ war, als nach dem Putsch 1979 ein Journalist anhand von Fotografien feststellte, dass es österreichische Heerespanzer waren, die am Hauptplatz in La Paz standen:

„[Panzer,] die ja wirklich dem Volk überhaupt nichts helfen. In den letzten Jahrzehnten hat Bolivien nie Krieg gegen irgendein anderes Land gemacht. Die Waffen, und des weiß doch auch Österreich, wurden immer nur gegen es eigene Volk und gegen des arme Volk gerichtet.“¹³⁴

Während eine Diskussion um Panzer in Bolivien ausblieb, führte der Aufenthalt von 23¹³⁵ bolivianischen Armeetechnikern bei Hirtenberger zur Ausbildung an Munitionsmaschinen zu Protesten der Sozialistischen Jugend. Die Techniker waren am Tag nach dem Putsch Mezas am 18. Juli 1980 in Österreich eingetroffen und im Mittagsjournal am 12. August relativierte Herbert Hadwiger, Generaldirektor von Hirtenberger, die Vorwürfe und meinte, dass nicht alle Techniker Militärangehörige seien und Hirtenberger keine Munition direkt an Bolivien liefern würde. Ein Gespräch mit dem Völkerrechtsexperten Karl Zemanek im selben Beitrag brachte die Erkenntnis, dass der Aufenthalt der Techniker neutralitätspolitisch kein Problem darstellte und es keinen Unterschied machte, dass die Techniker für ein nunmehr diktatorisches Regime arbeiteten, da der Staat Bolivien nach außen hin unverändert weiter existierte.¹³⁶

Peter Pilz verweist in seinem Bolivien-Kapitel auf Zeitungsartikel vom Jahresende 1980 („Profil“ am 4. August 1980, „Volksstimme“ am 12. Oktober 1980 und „Profil“ am 9. Dezember 1980) und er schreibt von massiven Protesten gegen den Export weiterer Panzer (30–60 Stück) im Dezember.¹³⁷ Welche Gruppen diese Proteste durchführten, bleibt offen. In den Mittagsjournalen gab es in diesem Zeitraum keine Beiträge, die sich dem Panzerexport an Bolivien widmeten und es blieb bei vereinzelt Erwähnungen, ohne nähere Details: „Panzer für Bolivien, Panzer für Chile, [...] egal wohin diese, so die offizielle Sprache, geschützten Kettenfahrzeuge aus österreichischer Produktion exportiert werden sollen, das Geschäft wird ein Politikum.“¹³⁸

Der NS-Kriegsverbrecher und Gestapo-Chef von Lyon, Nikolaus Barbie, lebte unter dem Decknamen Klaus Altmann in Bolivien und war bei der Vermittlung der Jagdpanzer maßgeblich beteiligt. Im Jänner 1983 wurde Barbie von der bolivianischen Polizei verhaftet und Anfang Februar an Frankreich ausgeliefert. Verhaftung, Auslieferung und der Prozess 1987 erregten in der französischen und deutschsprachigen Medienwelt große Aufmerksamkeit und Ö1 berichtete in den Mittagsjournalen ebenfalls ausführlich zu den Vorgängen, wobei Barbies Verbindungen zum österreichischen Waffenhandel weitgehend ausgeklammert wurden.¹³⁹ Eine Ausnahme bildete das Mittagsjournal

134 Österreichische Mediathek, Von Tag zu Tag.

135 Bei Peter Pilz sind es 21 Techniker: Pilz, Die Panzermacher, S. 123.

136 Ö1-Mittagsjournal, 12.8.1980, 24:50–32:20 min.

137 Pilz, Die Panzermacher, S.122–124.

138 Ö1-Mittagsjournal, 17.6.1981, 44:50–48:00 min.

139 In Hinsicht auf Klaus Barbie ist das Bolivien-Geschäft ein blinder Fleck. Nachfolgend eine Auflistung von Ö1-Mittagsjournalen, die über Barbie berichten, ohne seine Verwicklung in den österreichischen Waffenhandel anzusprechen: 27.1.1983, 10.2.1983, 15.4.1987, 8.5.1987, 11.5.1987, 12.5.1987, 3.7.1987, 17.8.1987.

am 1. Jänner 1983, in dem Simon Wiesenthal im Interview über die geschäftlichen Verbindungen von Steyr mit Barbie sprach:

„[...] dann war er [Barbie] verwickelt in Kokainhandel, Waffenschmuggel, übrigens er war einer [...] der Provisionäre, für den Verkauf der Panzer von Steyr-Daimler-Puch an Bolivien. Gut, der Generaldirektor Malzacher sagte mir, man hat es hier nicht gewusst und versprochen, ich meine, in Hinkunft werde man sich anschauen, wer die Leute sind.“¹⁴⁰

Auffallend ist, wie diese Information als eine für die meisten Zuhörer*innen wohl unbekanntes Tatsache erwähnt wurde, was darauf schließen lässt, dass das Wissen um das Bolivien-Geschäft noch 1983 nur in kleinen Kreisen der Bevölkerung verbreitet war. Der geringe Bekanntheitsgrad der österreichischen Panzer in Bolivien gründete auf einer generell begrenzten österreichischen Berichterstattung zu Bolivien und hängt damit zusammen, dass es für Bolivien, etwa im Gegensatz zu Chile, keine Solidaritätsorganisationen gab, die über Verbindungen zu linken Gruppen aktiv Aufklärungsarbeit und Informationskampagnen betrieben.¹⁴¹

5.3 Argentinien

Im Fall Argentinien war es mit der „New York Times“ ein internationales Medium,¹⁴² das mit einem Artikel am 15. Juni 1981 die Aufmerksamkeit auf das Geschäft lenkte.¹⁴³ In den Ö1-Mittagsjournalen wurde am 17. Juni zum ersten Mal über geplante Panzerlieferungen berichtet und während die Kreisky-Regierung das Geschäft genehmigte, kam Kritik von der sozialistischen bis katholischen Seite.¹⁴⁴ Sie stellten die Situation in Argentinien auf eine Ebene mit Chile¹⁴⁵ und in der Folge wies die Debatte um das Argentinien-Geschäft zahlreiche Parallelen zur Chile-Diskussion auf: „Die Befürworter argumentieren mit Arbeitsplätzen und guten Gewinnen, die Gegner damit, dass die Produktion von Tötungsmaschinen unmoralisch sei und langfristig die Rüstungsarbeitsplätze erfahrungsgemäß wegrationalisiere.“¹⁴⁶

Fritz Prechtl (Obmann der Eisenbahnergewerkschaft und Präsident der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft) verwies in einem Interview im Mittagsjournal am 22. Juni auf die Spannungssituation zwischen Argentinien und Chile und meinte, dass beides Diktaturen der übelsten Sorte seien und im August mit einer kriegerischen

140 Ö1-Mittagsjournal, 7.2.1983, 23:10–32:40 min.

141 Der Journalist Helmut Waldert meinte etwa im Gespräch mit Gerhard Müllauer, dass „[...] in unseren Zeitungen eigentlich über Bolivien sehr wenig zu erfahren ist [...]“: Österreichische Mediathek, Von Tag zu Tag.

142 Erstmals an die Öffentlichkeit kam das Geschäft durch ein lokales Medium, die argentinische Tageszeitung *La Prensa*: Pilz, Die Panzermacher, S. 120.

143 Edward Schumacher, Argentina turns to Austria for \$180 Million in Arms, in: *The New York Times*, 15.6.1981, <https://www.nytimes.com/1981/06/15/world/argentina-turns-to-austria-for-180-million-in-arms.html>, eingesehen 25.4.2021.

144 Ö1-Mittagsjournal, 17.7.1981, 34:00–40:00 min.

145 „Zahlreiche Sozialisten argumentieren nun auch bei Argentinien, dass sich diese Militärdiktatur wenig bis gar nicht von Chile unterscheidet.“: Ö1-Mittagsjournal, 22.6.1981, 36:35–43:20 min.

146 Ö1-Mittagsjournal, 17.6.1981, 44:50–48:00 min.

Auseinandersetzung gerechnet werde.¹⁴⁷ Er kündigte an, die Internationale Transportarbeitergewerkschaft werde mit friedlichen Mitteln versuchen, den Export zu verhindern und sollte dies gelingen, so würde laut einem Telegramm aus Buenos Aires das „chilenische und argentinische Volk [...] ewig dankbar sein“.¹⁴⁸ Am 23. Juni 1981 gab es vor den Toren des Steyr-Werks in Simmering tatsächlich eine solche Aktion und etwa 60 Demonstrant*innen versuchten, den Abtransport der Panzer zu verhindern. Sie wurden von den Arbeiter*innen des Werks allerdings mit Faustschlägen und Fußtritten vertrieben.¹⁴⁹ Auf das Argument angesprochen, Rüstungsfirmen müssten exportieren, um das Bundesheer ausrüsten zu können, meinte Prechtl, dass sich die Befürworter*innen des Geschäfts ebenso vehement wie für Waffenexporte für den Kauf ziviler Produkte bei österreichischen Betrieben einsetzen müssten.¹⁵⁰ Vizekanzler Fred Sinowatz bezeichnete die Position Prechtls als einen „honorigen Standpunkt“, die Regierung könne jedoch „nicht immer auf der Sonnenseite regieren“: „Es müssen auch Beschlüsse gefasst werden, die halt nicht angenehm sind und die halt auch diskutiert werden in der Öffentlichkeit.“¹⁵¹ Indirekt wurden dadurch die Bedenken Prechtls anerkannt und bestätigt.

Die österreichische Friedensbewegung interessierte sich ebenfalls für österreichische Waffengeschäfte und eine Protestdemonstration am 27. Juni forderte hinsichtlich des Argentinien-Geschäfts die Einstellung österreichischer Waffenexporte. So richtete sich etwa gegen Michael Malzacher, Generaldirektor von Steyr-Daimler-Puch, der Slogan auf einem Plakat: „Schluss mit Waffenschacher, weg mit Malzacher“.¹⁵² Organisiert wurde die Demonstration von „mehreren christlichen, pazifistischen und linksgerichteten Organisationen“ und unter den etwa 1.000 Teilnehmer*innen waren „ziemlich alle politischen Lager Österreichs“ vertreten.¹⁵³

Im Gegensatz zu Chile konnte das Argentinien-Geschäft durch Protest und Demonstrationen nicht verhindert werden. Das letzte große Steyr-Waffengeschäft kam wie geplant zustande und diesem ist es zu verdanken, dass im Juni 1982 die Steyr-Bilanz im Rüstungssektor 1981 als „ganz gut“ bezeichnet werden konnte.¹⁵⁴ Weitere Waffenverkäufe an Argentinien wurden durch den Beginn des Falklandkrieges im April 1982 verhindert.¹⁵⁵

147 Gemeint ist damit der Konflikt um den Beagle-Kanal. Die *New York Times* gaben in ihrem Artikel ebenfalls den Beagle-Konflikt als Hintergrund des Waffengeschäfts an; Schumacher, *Argentina turns to Austria for \$180 Million in Arms*.

148 Ö1-Mittagsjournal, 22.6.1981, 36:35–43:20 min.

149 o. A., *Vor 20 Jahren im Falter. Panzerexporte – der österreichische Weg*, in: *Falter*, Nr. 29, 18.7.2001, <https://www.falter.at/zeitung/20010718/vor-20-jahren-im-falter/1840040003>, eingesehen 1.8.2021. Gerald Höchtler meinte dazu im sozialistischen *Oberösterreichischen Tagblatt*: „Eine derartige Vorgangsweise ist bestimmt nicht dazu angetan, eine brauchbare Gesprächsbasis zu finden.“: Ö1-Mittagsjournal, 25.6.1981, 43:00–46:00 min.

150 Ö1-Mittagsjournal, 22.6.1981, 36:35–43:20 min.

151 Ö1-Mittagsjournal, 23.6.1981, 26:40–27:20 min.

152 Ö1-Mittagsjournal, 27.6.1981, 15:40–20:30 min.

153 Ö1-Mittagsjournal, 27.6.1981, 15:40–20:30 min.

154 Ö1-Mittagsjournal, 3.6.1982, 40:00–45:00 min.

155 Im Mittagsjournal am 6. April 1982 ist von 27 Schützenpanzern die Rede, die durch den Falklandkrieg nicht geliefert werden konnten: Ö1-Mittagsjournal, 6.4.1982, 32:40–36:20 min.

5.4 Marokko

Fünf Jahre nach dem Verbot von Waffenlieferungen an Marokko dauerte der Krieg mit der Frente Polisario in der Westsahara an, die Wogen um die österreichischen Panzerverkäufe hatten sich jedoch geglättet und so startete Steyr einen weiteren Versuch. Wie beim Chile-Geschäft ist es unklar, wer die Absicht eines Panzerexports an Marokko öffentlich machte. Es waren Zeitungen, die Ende Mai und Anfang Juni 1985 das Geschäft in die öffentliche Aufmerksamkeit rückten.¹⁵⁶ Die letzte große Diskussion um einen Steyr-Panzerverkauf begann:

„Wieder einmal geht’s also um ein umstrittenes Waffenexportgeschäft von Steyr-Daimler-Puch – ein Thema, das die Firma seit dem geplatzten Chile-Export verfolgt. Jetzt will man nach Marokko liefern, die Bestellung lautet auf etwa fünfzig Jagdpanzer, aber wieder gibt es Stimmen in der Regierung, die die Ausfuhrgenehmigung verweigern wollen.“¹⁵⁷

Die Stimme in der Regierung war Innenminister Karl Blecha, der seine Ablehnung mit dem Gesetzestext des KMG (keine Lieferungen an kriegsführende Staaten) begründete; ein Standpunkt, für den er heftig kritisiert wurde.¹⁵⁸ So meinte etwa Alois Mock, Obmann der ÖVP, dass die Haltung Blechas „unmöglich“ sei und er nur aus „partei-politischen und ideologischen Affinitäten und Bindungen zur Polisario“ den Export verhindern wolle.¹⁵⁹ Die Polisario erhielt zu diesem Zeitpunkt noch immer „Entwicklungshilfe“ von der SPÖ, ein Umstand, auf den die Jungsozialist*innen verwiesen.¹⁶⁰ Unterstützung erhielt Blecha von SPÖ-Spitzenpolitikern und der Metallarbeitergewerkschaft, die in Marokko ein Krisengebiet sahen.¹⁶¹

Argumente für den Export waren fehlende Umsätze bei Steyr,¹⁶² Arbeitsplätze und die „Unsinnigkeit“, Panzer zu erzeugen und anschließend nicht zu verkaufen.¹⁶³ In gewisser Weise waren sich beide Seiten im letzten Punkt einig und es war eine Forderung der Kritiker*innen des Geschäfts, dass Steyr anstelle der Panzer zivile Produkte produzieren solle.¹⁶⁴ Schließlich wurde die Wirtschaftlichkeit des Geschäfts hinterfragt, da Marokko gebrauchte Bundesheer-Panzer zu einem günstigen Preis erhalten sollte. Weder Umsatz noch Produktion wären bei einem Verkauf daher wesentlich gefördert worden.¹⁶⁵

Der ehemalige Finanzminister, Hannes Androsch, nunmehr Steyr-Aufsichtsratspräsident und Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein, forderte bei einer Pressekonferenz der Steyr-Werke am 29. Mai die Verdoppelung der jährlichen Panzerkäufe durch

156 Laut dem *Kurier* vom 8. Juni 1985 gab es erste Anfragen bezüglich des Exports bereits im Frühjahr 1985 und eine Parlamentarische Anfrage vom 12. Juni 1985 berief sich auf Zeitungen, die über den Diskurs berichteten: NR-Protokoll, XVI. GP – 93. Sitzung – 12. Juni 1985.

157 Ö1-Abendjournal, 29.5.1985, 0:30–4:20 min.

158 Pohl/Rüthemann u. a., *Geschäfte*, S. 162.

159 Ö1-Mittagsjournal, 29.5.1985, 9:45–16:25 min.

160 Ö1-Abendjournal, 29.5.1985, 0:30–4:20 min.

161 Ö1-Abendjournal, 7.6.1985, 8:00–10:10 min.

162 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

163 Ö1-Mittagsjournal, 5.6.1985, 9:30–23:30 min.

164 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 0:30–2:00 min.

165 Ö1-Mittagsjournal, 5.6.1985, 9:30–23:30 min.

das Bundesheer (von 400 auf 800 Millionen Schilling), staatliche Investitionen von 1,5 Milliarden Schilling¹⁶⁶ und eine Ausfallhaftung von 1,9 Milliarden Schilling, sollte die Exportgenehmigung verweigert werden. Besonders der letzte Punkt sorgte für Empörung, denn zum einen waren 1,9 Milliarden Schilling auf das Doppelte des internationalen Preises der Panzer (20 Millionen Schilling, in der Praxis 10 bis 15 Millionen Schilling) ausgelegt, zum anderen führten die Hintergründe der Ausfallhaftung zu Misstrauen. Steyr hatte nämlich laut der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ in den vorhergehenden Jahren 4.000 und allein 1984 1.380 Exportgenehmigungen für Panzer erhalten, ohne viele Verkäufe tatsächlich umgesetzt zu haben. In der Folge sahen Kritiker*innen in der Ausfallhaftung eine Möglichkeit für Steyr, an Geld zu kommen und eine Ausrede für die schlechte wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu finden, nach dem Motto, das Holger Bauer, Staatssekretär von Finanzminister Franz Vranitzky, für das Steyr-Management ausformulierte: „[W]ir würden ja, wir könnten ja wunderschöne schwarze Zahlen schreiben, also positiv bilanzieren, wenn man uns nur ließe [...]“.

„Einen entscheidenden politischen Fehler hat jedoch CA-Generaldirektor Androsch begangen, indem er versuchte, die Regierung allzu massiv unter Druck zu setzen. [...] Diese Taktik ist offenbar einmal zu oft angewendet worden, wie aus den scharfen Reaktionen von Sinowatz und Finanzminister Vranitzky hervorgeht.“¹⁶⁷

Mit dieser Aussage als Reaktion auf die Forderungen Androschs hatte Hans Rauscher im „Kurier“ wohl recht und tatsächlich schlug die Diskussion um das Geschäft sehr schnell in scharfe Kritik am Steyr-Management um. Kritisiert wurde die Produktion des Jagdpanzers an sich und Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager meinte im Mittagsjournal am 3. Juni:

„Unser Wunsch wäre es, dass Steyr Panzer produziert oder Waffen produziert, wo wir einen dringenden Bedarf haben. [...] Unser Bedarf [an Kürassier-Jagdpanzern] ist weitestgehend gedeckt, die Exportlage scheint nicht sehr rosig zu sein, daraus müssten eigentlich Konsequenzen gezogen werden.“¹⁶⁸

Kreisky hatte eine Umstellung der Produktion bereits früher gefordert¹⁶⁹ und im Mittagsjournal am 4. Juni wurde eine Aussage des Altbundeskanzlers von 1982, die im Zusammenhang mit der Kritik am Steyr-Management stand, wiederholt: „Wir haben ja einen Versuch gemacht, ihnen [dem Steyr-Management] zu helfen, zu einem zivileren Produkt zu kommen. Das ist ja gescheitert, nicht zuletzt am Unvermögen der Herren.“¹⁷⁰

Die Berichterstattung zum Marokko-Panzerexport endete in den Mittagsjournals mit dem 8. Juni 1985, ohne dass die Regierung bis zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung getroffen hatte. Gerald Hödl meinte in „Österreich und die Dritte Welt“, der Export wäre

166 Ö1-Mittagsjournal, 29.5.1985, 9:45–16:25 min.

167 Ö1-Mittagsjournal, 5.6.1985, 9:30–23:30 min.

168 Ö1-Mittagsjournal, 3.6.1985, 19:00–26:50 min.

169 Ö1-Mittagsjournal, 21.8.1980, 37:50–43:55 min.

170 Ö1-Mittagsjournal, 4.6.1985, 15:40–31:30 min.

zustande gekommen.¹⁷¹ Tatsächlich verhielt es sich jedoch so, dass die marokkanische Seite selbst die Anfrage zurückzog, bevor es zu einem Beschluss kam – ob durch die ablehnende Haltung Blechas abgeschreckt oder aus anderen Gründen, bleibt unklar.¹⁷² Es bleibt außerdem offen, ob die Regierung einen Export genehmigt hätte und ob Steyr anschließend in der Lage gewesen wäre, das Geschäft zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

6. Fazit

Zum Abschluss kann festgehalten werden, dass die vorangestellte These teilweise bestätigt, teilweise widerlegt werden konnte. So lässt sich die Aussage, linke Gruppen hätten die Waffenexporte publik gemacht, mit dem untersuchten Quellenmaterial nicht belegen. Es waren in den Radiosendungen nicht näher beschriebene Zeitungen und Journalist*innen, welche die Geschäfte an die Öffentlichkeit gebracht hatten. Durch tieferegehende Recherchen könnten möglicherweise einzelne Personen, die als Erste über die Exporte berichteten, festgemacht werden. Ihre Abwesenheit im Rundfunk verdeutlicht jedoch, dass sie entweder nicht bekannt waren oder für die öffentliche Darstellung geringe Bedeutung als Akteur*innen hatten.

Eine Einteilung der Diskussionsteilnehmer*innen in linke Gruppen und konservative Kreise greift außerdem zu kurz, da Solidaritätsgruppen und katholische Organisationen auf der kritisierenden Seite keiner politischen Ausrichtung zuzuordnen sind, während der politisch fester verankerte ÖGB und die SPÖ auf beiden Seiten der Diskussion zu finden waren. Einigkeit lässt sich hingegen bei den jeweiligen Jugendgruppen feststellen, die geschlossen und unabhängig von ihrer politischen Couleur gegen die Waffenexporte auftraten. Vertreter*innen dieser Gruppen kamen in den Radiobeiträgen allerdings kaum direkt zu Wort und ihre Argumente wurden meist indirekt durch Presseschauen oder durch Reaktionen und Bezugnahmen der Politiker und Minister wiedergegeben.

Auf der befürwortenden Seite fanden sich wiederum mit Politiker*innen der Regierungspartei SPÖ Personen, die nicht dem konservativen Spektrum zuzuordnen sind, wobei die Trennlinien zwischen Politiker*innen und Verantwortlichen für die Betriebe, etwa im Fall Androsch, verschwimmen. Konservative Politiker*innen der ÖVP standen aus der Opposition heraus geschlossen für Waffenexporte ein und nutzten die Bekanntheit der gescheiterten Geschäfte auch Jahre später noch für ihre politischen Zwecke. Vollkommene Einigkeit herrschte allerdings auch bei der Volkspartei nicht und Aussagen von Politiker*innen wurden vom parteieigenen Presseorgan kritisiert.

171 Hödl, Österreich, S. 147.

172 Der Abgeordnete Wendelin Ettmayer (ÖVP) sah Blechas Haltung als Ursache für den Rückzug Marokkos vom Geschäft: NR-Protokoll, XVI. GP – 129. Sitzung – 20. Februar 1986, in: Parlament.gv.at (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00129/imfname_144534.pdf, eingesehen 13.6.2021.

Die These hinsichtlich der Argumentationslinien lässt sich weitgehend bestätigen und tatsächlich baute die Kritik tendenziell eher auf der schlechten Menschenrechtssituation in den Empfängerländern auf, während die Geschäfte mit Blick auf Österreich, den Arbeitsmarkt, die möglichen Gewinne und die Versorgung des Bundesheers legitimiert wurden. Die Gefahr einer vereinfachten und zu eindeutig gefassten Antwort besteht auch hier, denn Kritiker*innen verwiesen ebenfalls auf Österreich und zeigten die wenig arbeitsplatzfördernden Eigenschaften der Rüstungsindustrie sowie ihre Risiken auf. Befürworter*innen relativierten andererseits die Situation in den Empfängerländern, verorteten die schlechte Menschenrechtssituation in der Vergangenheit oder erkannten sie an, um anschließend zu zeigen, dass die Vorteile für Österreich überwiegen würden.

7. Quellen

7.1 Internetquellen

International Institute for Strategic Studies, o. D., <https://www.iiss.org/>, eingesehen 28.6.2021.

Ö1-Journale. Ein Onlineportal der Österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/>, eingesehen 12.5.2021.

Österreichische Mediathek. Das österreichische Archiv für Tonaufnahmen und Videos aus Kultur- und Zeitgeschichte, o. D., <https://www.mediathek.at/>, eingesehen 12.5.2021.

Österreichische Mediathek (Hrsg.), Im Brennpunkt: Die Steyr-Werke, 13.1.1984, <https://www.mediathek.at/atom/0178325E-02B-01A83-00000BEC-01772EE2>, eingesehen 13.6.2021.

Österreichische Mediathek (Hrsg.), Im Brennpunkt: Putsch in Bolivien, 27.6.1980, <https://www.mediathek.at/katalogsuche/suche/detail/?pool=BWEB&uid=01782B91-2A5-00E6F-00000BEC-01772EE2&cHash=d26a2d3991794f8084a9047c34328196>, eingesehen 13.6.2021.

Österreichische Mediathek (Hrsg.), Von Tag zu Tag – Gerhard Müllauer – Salesianerpater aus Bolivien, 16.9.1980, <https://www.mediathek.at/atom/10708929-30D-001F2-000008B0-106FA770>, eingesehen 13.6.2021.

STEYR ARMS GmbH (Hrsg.), Geschichte, o. D., <https://www.steyr-arms.com/de/unternehmen/geschichte/>, eingesehen 27.6.2021.

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), o. D., <https://sipri.org/>, eingesehen 28.6.2021.

Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.), Transfers of major weapons, 1951–2020, Supplier: Austria, o. D., https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php, eingesehen 29.6.2021.

7.2 *Ö1-Abend- und Mittagsjournale*

Ö1-Abendjournal, 29.5.1985, 7.6.1985, in: Österreichische Mediathek (Hrsg.), <https://www.mediathek.at/>, eingesehen 13.6.2021.

Ö1-Mittagsjournal, 8.5.1979, 28.7.1980, 29.7.1980, 30.7.1980, 31.7.1980, 2.8.1980, 7.8.1980, 9.8.1980, 12.8.1980, 13.8.1980, 14.8.1980, 21.8.1980, 11.9.1980, 27.4.1981, 17.6.1981, 22.6.1981, 23.6.1981, 25.6.1981, 27.6.1981, 17.7.1981, 6.4.1982, 3.6.1982, 7.2.1983, 21.11.1984, 29.5.1985, 3.6.1985, 4.6.1985, 5.6.1985, 7.6.1985, 19.12.1985, in: Österreichische Mediathek (Hrsg.), <https://www.mediathek.at/>.

7.3 *Parlament der Republik Österreich*

3182/J XXI.GP, 7.12.2001, in: Parlament.gv.at (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/J/J_03182/fname_605131.pdf, eingesehen 28.6.2021.

NR-Protokoll, XVI. GP – 93. Sitzung – 12. Juni 1985, in: Parlament.gv.at (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00093/imfname_144219.pdf, eingesehen 13.6.2021.

NR-Protokoll, XVI. GP – 129. Sitzung – 20. Februar 1986, in: Parlament.gv.at (Hrsg.), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00129/imfname_144534.pdf, eingesehen 13.6.2021.

7.4 *Rechtsnormen*

Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977.

Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977 idF 30a/1991.

Bundesgesetz vom 18. Oktober 1977 über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz – KMG), BGBl. 540/1977 idF 358/1982.

8. **Literatur**

Drechsel, Clemens, Chilenische Flüchtlinge in Österreich. Biographische Studien zweier Generationen, Dipl. Innsbruck 2005.

Hödl, Gerald, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995, Wien 2004.

Hubauer, Anton, Ö1-Journale im Wandel der Zeit. Aufbau und Veränderungen der Ö1-Journalsendungen von den 1960er bis in die 1980er Jahre, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/oe1-journale-im-wandel-der-zeit/>, eingesehen 12.5.2021.

Ders./Kapeller, Johannes, Dokumentation des Arbeitsablaufs. Workflow, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/arbeitsablauf/>, eingesehen 12.5.2021.

Lutz, Johannes, Waffenproduktion und Waffenexport: Rüstungsindustrie in Österreich – Eine Analyse betriebswirtschaftlicher und unternehmenshistorischer Aspekte der Waffenproduzenten Steyr-Mannlicher und Glock, Masterarbeit Graz 2019.

Matthies, Volker, Krieg in der Dritten Welt, Opladen-Leske-Budrich 1982.

o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1979), Heft 1, S. 75–84.

o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1980), Heft 1, S. 77–86.

o. A., Latin America, in: *The Military Balance* (1981), Heft 1, S. 91–101.

o. A., Vor 20 Jahren im Falter. Panzerexporte – der österreichische Weg, in: *Falter*, Nr. 29, 18.7.2001, <https://www.falter.at/zeitung/20010718/vor-20-jahren-im-falter/1840040003>, eingesehen 1.8.2021.

Pilz, Peter, Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte, Wien 1982.

Pohl, Walter/Rüthemann, Guido u. a., Geschäfte mit der Entwicklung. Österreich und die Dritte Welt, Wien 1986.

Reder, Eva, Audiomaterial als wissenschaftliche Quelle. Die Ö1-Mittagsjournale 1990–1999: Perspektiven, Probleme, Editionsmöglichkeiten, in: Ö1-Journale. Ein Onlineportal der österreichischen Mediathek, o. D., <https://www.mediathek.at/journale/journaleaufsaetze/audiomaterial-als-wissenschaftliche-quelle/>, eingesehen 12.5.2021.

Schumacher, Edward, Argentina turns to Austria for \$180 Million in Arms, in: *The New York Times*, 15.6.1981, <https://www.nytimes.com/1981/06/15/world/argentina-turns-to-austria-for-180-million-in-arms.html>, eingesehen 25.4.2021.

Seckauer, Hansjörg/Weidenholzer, Josef, Krise und Krisenbewältigung. Die Entwicklung der Steyrer Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten, in: Roman Sandgruber/Michael John (Hrsg.), Tradition – Innovation. Industrie im Wandel. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, Steyr 1998, S. 104–133.

Solaris T., Alexis, La Paz, Noviembre de 1979, la masacre que festejó Pinochet, in: *Los Tiempos*, 31.10.2016, <https://www.lostiempos.com/oh/actualidad/20161031/paz-noviembre-1979-masacre-que-festejo-pinochet>, eingesehen 9.5.2021.

Stolle, Michael, Emotionale Wiedervereinigung: Das Radio und die Heimkehr der Kriegsgefangenen in die BRD, in: Frank Bösch (Hrsg.), Die Massen bewegen. Frankfurt am Main 2006, S. 325–343.

Tozzer, Kurt/Kallinger, Günther, Todesfalle Politik. Vom OPEC-Überfall bis zum Sekyra-Selbstmord, St. Pölten-Wien 1999.

Wurm, Jakob, „Solidarität mit dem chilenischen Volk“. Diskurspraxis der österreichischen Chile- Solidaritätsfront, Dipl. Wien 2008.

Leonhard Lorenz Knabl studiert an der Universität Innsbruck.

Leonhard.Knabl@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Leonhard Lorenz Knabl, Österreichische Waffenexporte in den Globalen Süden. Der Diskurs um Panzerexporte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in: *historia.scribere* 14 (2022), S. 229–255, <http://historia.scribere.at>, eingesehen 21.6.2022 (=aktuelles Datum).